

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Erschütterung über Ausmaß rechtsextremer und terroristischer Gewalt – Konsequentes Handeln in Rheinland-Pfalz**

- I. Wir fühlen mit den Angehörigen und Opfern, die geliebte Menschen verloren haben durch Terrorakte mit rechtsextremem Hintergrund. Die Unbegreiflichkeit des Geschehenen, die jahrelange Ungewissheit über Täter und ihre Motive waren und sind eine schwere Belastung für die Betroffenen. Die Verbrechen sind ein Anschlag auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land, den wir nicht hinnehmen dürfen. Es ist unfassbar, dass in Deutschland offenbar über fast zehn Jahre hinweg Morde und Anschläge aus rechtsextremem Motiv heraus geschehen konnten, ohne dass eine Spur zu den Tätern geführt haben soll.  
Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des Nationalsozialismus rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine unvorstellbare Mordserie hervorbringt.  
Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden. Dies sind wir unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung genauso schuldig wie den Opfern, ihren Familien und Freunden. Wir unterstützen die Ermittlungsbehörden, dass Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend aufgeklärt und mögliche weitere ungeklärte Straftaten einbezogen werden.
- II. Die jetzt bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen belegen auf traurige Weise, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen. Handlungsbedarf besteht aus unserer Sicht in erster Linie im Hinblick auf das Zusammenwirken der jeweiligen Landes- und Bundesbehörden. Die grundsätzlich föderale Struktur der Sicherheitsbehörden darf jedoch nicht zerschlagen werden.  
Dem Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert zu handeln – überall dort, wo Ausgrenzung und menschenfeindliche Ideologie gesellschaftlichen Boden zu gewinnen drohen. Wir stehen ein für ein Rheinland-Pfalz, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und die umfangreichen Maßnahmen des Bundes und des Landes gegen Rechtsextremismus tragen dazu entscheidend bei. Die Bekämpfung rechtsextremer und rassistischer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert die Zivilcourage aller Bürgerinnen und Bürger sowie das Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte.
- III. Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden. Verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz.

b. w.

Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo diesem Ziel Hindernisse entgegenstehen.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden. Die wichtige Arbeit der verschiedenen Initiativen gegen Rechtsextremismus muss angemessen gewürdigt werden. Wir begrüßen daher die nun im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel.

Der Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Prävention beginnt mit einer Verbesserung der Lebenssituationen latent für den Rechtsextremismus anfälliger Menschen. Besonders junge Menschen müssen stark gemacht werden, um rechtsextremen Ideologien nicht zu verfallen. Mit zahlreichen Aktivitäten leistet der Landeshaushalt einen wertvollen Beitrag bei der Prävention und Bekämpfung rechtsextremen Gedankenguts. An rheinland-pfälzischen Schulen gibt es vielfältige pädagogische Angebote, um junge Menschen mit dem Wertefundament unserer freiheitlichen Staats- und Verfassungsordnung vertraut zu machen. Mit diesen Maßnahmen sollen das Demokratiebewusstsein, die Werteorientierung und die Zivilcourage gestärkt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ihre auf den drei strategischen Säulen – konsequente Bekämpfung, umfassende Prävention und Hilfe für Menschen, die den Ausstieg suchen – aufbauende Arbeit fortzusetzen und angesichts der aktuellen Erkenntnisse zu überprüfen, inwieweit noch Verstärkungen oder Schwerpunktsetzungen nötig sind.

Es muss intensiv geprüft werden, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Die eindeutigen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind hierbei unbedingt zu berücksichtigen.

Wir werden die Mittelvergabe für Präventionsarbeit in Rheinland-Pfalz sorgfältig prüfen und sicherstellen, dass der für Netzwerk- und Bildungsarbeit notwendige finanzielle Rahmen auch in Zukunft gewährleistet ist.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion  
der CDU:  
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann